

Stadtratssitzung 24.03.22

Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper, und der Bürgermeisterin Frau Borris zur aktuellen Lage der ukrainischen Flüchtlinge in Magdeburg

Oberbürgermeister – Herr Dr. Trümper

Ich mache mal nur das Grobe, das Feine muss Frau Borris machen, weil sie auch den Sonderstab leitet und jeden früh um Dreiviertelacht mit den entsprechenden Mitarbeitern per Videoschaltung oder Telefon, weiß ich gar nicht genau, Videoschaltung, sich austauscht und die Tagesprobleme aufruft, die gelöst werden müssen und dann versucht, im Laufe des Tages da ein bisschen Veränderung und Verbesserung hinzukriegen für die Menschen, die bei uns in der Stadt sind.

Ich trage Ihnen mal vor, damit Sie die aktuellen Zahlen mal kennen, in der Zeitung war ja schon eine Zahl genannt worden, aber wir haben aktuell in Magdeburg 3.239 Menschen, die registriert sind und aus der Ukraine gekommen sind. Davon wurden 1.804 durch uns wissentlich untergebracht. 690 ungefähr in den Messehallen, in Wohnungen bei Privaten über 900, in Einrichtungen Basedowstraße und weiteren – die Stadt hat da einige Wohnungen, die wir noch hatten aus dem Zeitraum 2015/16 – also eine Größenordnung von über 3.000.

Jetzt sage ich Ihnen nochmal, nach dem Königsteiner Schlüssel, wenn der angewandt wird, der wurde ja am Anfang nicht angewandt, weil gesagt worden ist, wir machen das alles unbürokratisch und die Menschen, die aus der Ukraine zu uns gekommen sind, können sich wählen, wo sie hin wollen, haben ein Vierteljahr Zeit, sich anzumelden und es gibt keine Verteilung, die organisiert worden ist.

Dann hat man sehr schnell gemerkt, unbürokratisch ist nicht immer gut, weil das sozusagen irgendwann dann natürlich im Chaos endet, weil keiner mehr weiß, wo eigentlich was passiert und keine Übersicht mehr da ist. Jetzt gibt es den Drang wieder, das zu steuern und auch dafür zu sorgen, dass es eine vernünftige Verteilung gibt nach dem Königsteiner Schlüssel, den einige jetzt bestreiten, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, die der Meinung sind, weil wir so gut Russisch können im Osten, gehören die Ukrainer alle in die ostdeutschen Bundesländer. Das ist natürlich etwas überspitzt jetzt dargestellt, aber auch Quatsch, das so zu formulieren. Natürlich entspricht die Zahl 3.000, die wir in der Stadt haben, einer Flüchtlingszahl von einer Million. Das wäre dann unser Anteil. Sie kennen ja die Zahl aus 2015/16, 3 % kommen nach Sachsen-Anhalt und davon 10 % nach Magdeburg. Sind auf das Ganze bezogen 0,3 %, also von 1 Million 3.000. Die haben wir schon. Aber es sind in Deutschland erst 325.000 Flüchtlinge gezählt angekommen, die genaue Zahl weiß natürlich auch keiner.

D. h., wir haben in Magdeburg schon das, was uns normalerweise zugeteilt würde, vierfach in der Stadt. Und das bringt natürlich auch Aufgaben – ich will das Wort Probleme jetzt nicht nehmen – Aufgaben, die gigantisch sind für uns.

Denn Sie müssen jetzt unterstellen, wir haben in der Verwaltung 20 % Krankheitsquote, Corona-Ausfälle, in jedem Bereich fehlen Leute. Wir haben in der Ausländerbehörde, das wissen Sie auch, da gab es schon mehrfach hier im Stadtrat Anfragen, Wartezeiten auf eine langfristige Aufnahme von bis zu zwei Jahren. Und wir schaffen das nicht abzuarbeiten, weil immer mehr Anträge dazukommen. Und jetzt kommt alles oben drauf. Jetzt macht die Ausländerbehörde gemeinsam mit dem Sozialamt in Olvenstedt, in dem BürgerBüro, alles vor Ort.

D. h., da kommen die Menschen hin und kriegen alles an einer Stelle organisiert und haben danach den Titel, den sie haben müssen, dass sie sich hier sozusagen aufhalten dürfen und damit auch die Berechtigung, beim Sozialamt Geld zu beantragen.

Und da haben wir jetzt mal Termine sozusagen vergeben bis Mai. Mehr ist nicht zu schaffen, auch mit einer zusätzlichen Zuführung von Mitarbeitern aus anderen Bereichen, mehr ist nicht zu schaffen, schneller kann man das nicht machen, weil das auch Zeit erfordert.

Man muss ja diese 5-Finger-Aufnahme machen, dass die sicher sind. Da hilft uns das BAMF im Moment auch mit dabei, weil wir das alleine gar nicht schaffen, die auch zwei solcher Apparate mit betreuen, weil das in der Geschwindigkeit sonst gar nicht geht.

Und dann gibt es die Frage der Unterbringungssituation und die ist – das können am Sonntag alle, die ausgewählt sind, anschauen – in den Messehallen ist das, was in der kurzen Zeit machbar war und Frau Borris mit ihrem Team gemacht hat, finde ich das bemerkenswert und habe daran persönlich nichts zu meckern, was wir in der Geschwindigkeit aufgestellt haben. Aber ich würde sagen, alle, die hier sitzen, möchten da nicht vier Wochen schlafen.

In einer Einrichtung, wo in einem Saal 300 Leute schlafen, in abgeschirmten Kabinen, mit entsprechenden Sanitäreinrichtungen, mit den Möglichkeiten, die man da hat, da möchte man auf Dauer nicht sein.

Also ist der Drang groß – und das macht Frau Borris mit ihrem Team auch – zu schauen, wie kriegen wir die Menschen in andere Unterbringungsmöglichkeiten. Und ich habe es ja gesagt, wir haben schon 900 geschafft in privaten Einrichtungen und 1.300 haben es selbst geschafft ohne unser Zutun. D. h. die Meisten sind ja schon untergebracht in privaten Einrichtungen und die 700 sind noch da. Wir hoffen, dass wir sozusagen entsprechend dem Schlüssel die nächsten Tage keine weiteren Zuweisungen kriegen, weil, wir sind schon über dem Limit, schon weit über dem Limit, was wir alles in Magdeburg verkraften können.

Und diese Aufgabe, die Menschen jetzt in Wohnungen zu kriegen, ist eben auch nicht so trivial oder so in dem Mechanismus machbar, wie bei dem vorigen Fall.

Denn hier nach dem § 24 Europäisches Asylrecht oder Aufenthaltsrecht, was angewandt worden ist, müssen wir der Mieter sein für die Wohnungen. Die haben nicht, wie Hartz IV, eigenes Mietrecht, sondern die Stadt muss die Wohnungen anmieten, egal von wem, ob von Privat, von der WOBAU und von wem auch immer.

Und die Menschen kriegen dann die Wohnung zugewiesen und können darin wohnen. Aber diese Wohnungen, die wir anmieten können, sind leer. Ich habe keine möblierten Wohnungen, das ist das eigentliche Problem, wo ich sagen kann, ich nehme die mal. Und das Zweite, was uns ganz große Schwierigkeiten macht, wir wissen eben nicht, wie lange. Und wenn wir jetzt wüssten, zwei Jahre ist der Vertrag zu machen, dann kann ich natürlich Möbel besorgen und kann sagen, okay, das wird auf die Miete umgelegt, das kann man sich dann auch finanzieren lassen. Das wissen wir aber nicht. Und darum ist das schwierig, jetzt zu entscheiden mit dem Vermieter, ich mache da einen Vertrag und dann ist die Wohnung nach drei Wochen wieder leer. Und dann gehen wir in Vorleistung und dann kriegen wir das Geld hinterher nicht wieder. Also, das ist sozusagen die Problematik, die schwierig ist, weil wir keine Ahnung haben, wie lange die Menschen bleiben. Und wenn man rumfragt – und das sagen auch die ukrainischen Vertreter aus dem Generalkonsulat – dann ist eigentlich eher die Aussage, die hören Sie auch immer wieder in den Medien, wir wollen so schnell wie möglich zurück. Das ist zunächst mal gut, dass die Menschen zurückwollen, aber das macht uns natürlich Schwierigkeiten, vernünftige Integrationsmaßnahmen aufzulegen und Unterbringung zu machen, weil, wir haben keine Ahnung, wie lange wir das eigentlich machen müssen.

Das wird sich vielleicht in den nächsten vier, fünf Wochen sortieren, dass man da mehr weiß und trotzdem müssen wir jetzt da schauen, dass wir die Menschen vernünftig unterbringen und daneben machen wir – und da sind wir auch gut, das muss ich ganz deutlich sagen – wir haben ständig Ärzte vor Ort, die jeden Tag im Zwei-Schicht-System die Menschen betreuen. Denn da kommen auch Menschen, ältere, sind ja Ältere, Frauen und Kinder, die jungen Männer und die Männer, die, wie man so schön sagt, im wehrfähigen Alter sind, kommen ja nicht, die müssen ja in der Ukraine bleiben, die dürfen ja gar nicht ausreisen, haben wir sehr viel Ältere, die ganz großen Bedarf haben, Pflegebedarf haben.

Und wenn Sie da jemanden sehen, der 75 ist, vielleicht noch auf einen Rollator oder auf einen Rollstuhl angewiesen und ist jetzt in so einer Massenunterkunft lebt, ist das nicht schön. Das macht ganz große Schwierigkeiten, aber das müssen wir jetzt versuchen, Schritt für Schritt mit Sozialarbeitern, mit den Wohnungsunternehmen zu lösen, aber das ist nicht in drei Tagen oder vier Tagen machbar. Und von daher bleibt das Ziel – und das haben wir auch mit Herrn Schüller so vereinbart, dass wir die Messehallen eigentlich nur – und da bin ich noch der Meinung, dass das auch eingehalten werden muss – bis Ende April gemietet haben.

Denn die Messegesellschaft hat ja auch zwei Jahre lang keinen vernünftigen Betrieb machen können. Jetzt haben die wieder Verträge ab Mai, haben die Hallen ausgebucht und jetzt alles wieder abzusagen, dann ist die Messe irgendwann auch nicht mehr lebensfähig, wenn wir alles wieder einstellen. Wir müssen gucken, dass wir die Menschen da rauskriegen, dass wir kleinere Einrichtungen vielleicht noch haben und vor allen Dingen – das sage ich jetzt auch ein bisschen deutlich – dass die Verteilung so passiert, dass auch jeder seinen Teil abbekommt. Und natürlich sind da auch alle Städte in Sachsen-Anhalt einbezogen.

Und ich glaube auch, wenn man weiß, dass die länger bleiben, dann wären auch viele kleinere Städte in der Altmark oder wo anders auch, auch gar nicht abgeneigt, die Menschen aufzunehmen. Die sind nämlich teilweise ziemlich gut qualifiziert. Ich habe heute gehört von einer Gruppe, die in Stendal angelangt ist, da waren vier Ärzte dabei. Also, wenn ich weiß, dass die bleiben, dann habe ich auch Interesse daran, als kleiner Ort meine Wohnungen, die ja leer stehen, anzubieten und die Leute zu integrieren, in die Schule aufzunehmen und, und, und.

Schulaufnahme ist möglich, da sollen wir zwei Einstiegsklassen bilden in der Stadt. Ob das reicht, werden wir sehen, kann auch sein, dass es mehr wird. Und die anderen Schüler haben aber auch das Recht, in ganz normalen Schulen sich anzumelden. Und das soll so laufen, dass die hinkommen, bei der Schule sich anmelden, bei dem Lehrer und der Lehrer oder der Direktor meldet das dann zum Landesschulamt, dass das Land das erfassen kann und dann kriegen wir eine Information, wieviele sind bei uns in der Stadt eigentlich untergebracht, weil wir das gar nicht erfassen können, das soll direkt über die Schulen laufen. Und die Schule hat dann auch die Pflicht, was wir immer schon gesagt haben, drauf zu achten, dass die Gesundheitsuntersuchungen vorliegen, dass die Impfungen vorliegen für Masern und andere Sachen auch, die vorgeschrieben sind.

Also, alles in Allem sind wir da intensiv dabei.

Wir sind an den Grenzen, sind auch mit der klinischen Versorgung an den Grenzen, weil wir auch Stationen schon geschlossen hatten im Klinikum, weil auch da das Personal zu großen Teilen erkrankt ist an Corona und wir auch schon Wartelisten haben für Patienten bei uns im Klinikum, die Krebs-Operationen schon lange hätten machen müssen, die warten da drauf, was alles extrem schwierig ist. Und darum können wir jetzt auch nicht überall in der Welt große Versprechungen machen, dass wir alle Probleme, die medizinisch jetzt anfallen, auch sofort lösen können. Das wird nicht machbar sein. Man muss sozusagen ein Stückweit sortieren und kann nicht die Forderung erheben, dass alles gemacht wird.

Jetzt will ich aber auf einen Punkt noch hinweisen, da müssen wir aufpassen: Wir haben jetzt schon Diskussionen von den Menschen, die bei uns fünf, sechs, sieben Jahre da sind, auf ihre Anerkennung warten, auf ihre Bearbeitung in der Ausländerbehörde warten. Und die sagen jetzt schon, wieso geht denn das bei denen so schnell, wieso dürfen die nach dem Titel bei der Ausländerbehörde sofort arbeiten, wir durften erst arbeiten, nachdem wir das und das und das alles vorgelegt haben. Da gibt es schon die ersten Spannungen. Da muss man aufpassen, dass man das sauber sortiert, damit wir nicht sozusagen in eine falsche Diskussion kommen. Ich habe schon gehört, dass mir jemand gesagt hat, wieso wurde denn da bei uns nicht so hart drauf geguckt, als unsere Städte von den Russen bombardiert worden sind – Aleppo und andere Städte auch. Jetzt geht man damit ganz anders um. Damals hat man da weggeguckt, hat gar nicht drüber gesprochen, dass für die Russen irgendwie mal ein Embargo gemacht werden sollte, das war alles sozusagen eine ganz andere Dimension. Aber es waren auch Menschen, die bombardiert worden sind in syrischen Städten. Also von daher muss man jetzt gucken und aufpassen, dass wir das vernünftig sortieren und auch handhaben, damit wir nicht Diskussionen kriegen und Reibereien kriegen, die wir gerade nicht gebrauchen können. Also ein sensibles Thema, wo man aufpassen muss, vernünftige Lösungen finden muss, aber wir dürfen nicht so tun in der Öffentlichkeit, als ob wir alles problemlos in drei Tagen lösen. Das ist im Moment bei der Personalsituation, die wir haben, nicht machbar. Wir geben uns große Mühe, machen das auch ordentlich und da hat Frau Borris auch ein Lob verdient und ihre Mitarbeiter*innen. Und wenn sie Details da noch zufügen kann, kann sie das jetzt gerne machen.

Bürgermeisterin – Frau Borris

Ja, ganz viel hat der Oberbürgermeister schon ausgeführt.

Was ich jetzt natürlich an der Stelle gern noch nutzen möchte, ist, auch in diesem Rahmen mich bei den Mitarbeitenden, insbesondere bei den ganzen Freiwilligen, die in der ersten Phase natürlich vor Ort gewesen sind, die diese Halle da am Freitag, am 04.03. um 22:00 Uhr bestückt und aufgebaut haben mit Unterstützung der Feuerwehr, dass da nochmal ein Lob ausgesprochen werden muss, weil, ich denke auch, in den kurzen Tagen, die wir hier mit der Aufnahme zu tun hatten und am Anfang auch mit der ungesteuerten Aufnahme, weil, die Menschen sind irgendwie einfach angekommen, hat das hervorragend geklappt. Und wir haben uns dann eine Woche später, an dem Sonntag, von den Ehrenamtlichen offiziell verabschiedet, die bis dahin mitgemacht haben und sind dann in eine vertragliche Situation, die noch nicht ganz am Abschluss ist, mit den Hilfsorganisationen eingestiegen.

D. h. also, so wie beim Impfen in einer abgewandelten Form und Art und Weise sind wir jetzt dabei, dass wir als Hauptamtliche und dann mit Unterstützung der Hilfsorganisationen, quasi mit Vertragsgestaltung und mit Dolmetschenden, die wir jetzt auch im Zwei-Schicht-System mit entsprechenden befristeten Arbeitsverträgen dann quasi auch in ein Dienstplansystem bekommen können, unterwegs.

Nur mal, damit Sie eine Dimension mal erahnen, was wir an Mitarbeitenden vor Ort brauchen, die aus unseren entsprechenden Ämtern und Dezernaten kommen, was meinen Amtskollegen auch immer sehr, sehr schwerfällt und natürlich für die Situation in den anderen Bereichen sehr schwierig ist. Das Sozial- und Wohnungsamt braucht für die Antragsbearbeitung 17 Mitarbeiter täglich, im Zwei-Schicht-System. Das haben wir vor kurzem jetzt auch festgelegt. Dolmetscher braucht man im Prinzip im Sozialamt 4, in der Messehalle 4, der Fachbereich 32 im BürgerBüro-West allein für diese Bearbeitung braucht 7 Mitarbeitende an fünf Tagen die Woche, in der Messehalle sind insgesamt 8 Menschen pro Schicht unterwegs, die Feuerwehr ist mit 2 Sachbearbeitenden pro Tag mit am Start. Einen Bedarf haben wir insgesamt von 63 Menschen am Tag. 63 Mitarbeitende. Nur, dass man mal auch eine Dimension hat. Im Moment haben wir 24 eingesetzt und haben noch zusätzlich einen Bedarf an 39.

Ja, es ist auch schon angeklungen, wir haben also jetzt den Standort Messegelände gewählt, haben dort drei Hallen am Start, die jetzt mittlerweile über die Tage hinweg sehr strukturiert sind. Wir haben in einer Halle eben auch ein abgeteiltes Separee für Tiere, für Tierunterbringung, weil die Kinder, wenn man das sieht, mit ihren Tieren natürlich sehr vertraut sind und es wäre furchtbar, wenn man denen die Tiere hätte weggenommen. In der ersten Zeit hatten wir ja das Hotel Ibis, wo man Tiere zulässt, genutzt und haben da 24 Personen eben auch mit Tieren untergebracht. Die sind da auch noch vor Ort.

Wir haben, das ist auch schon gesagt worden, Ärzte im Einsatz, es ist toll, dass das geklappt hat. Da kann man der Kassenärztlichen Vereinigung auch nur danken, weil das ist deren Einrichtung dort vor Ort. Und ich konnte mich mehrfach überzeugen, dass da ganz viele Menschen auch sind mit Erkrankungen, mit Medikamenten, die sie mitgebracht haben, mit Metadon-Zyklen – also auch so etwas passiert. Wir haben am vorgestrigen Tag 148 Kinder im Kita-Alter vor Ort gehabt und 229 Kinder im Schulalter.

In der Messehalle I sind die Corona-Positiven auch separierfähig, also da ist auch ein entsprechender Bereich geschaffen worden, wo dann die notwendigen Voraussetzungen bestehen.

Zusätzlich ist jetzt ganz neu ein Frauenschutzraum, also ein spezieller Bereich, der nur für Frauen genutzt werden kann, wenn die sich in der Gesamtsituation nicht wohlfühlen.

Eine Spielhalle für Kinder, also wirklich ein riesengroßer Saal ist dort mit Tischtennisplatte, mit Kicker, mit Spielzeug eingerichtet worden, wo jetzt dann auch die Beschulung stattfinden kann über die Ukraine selbst.

Also, das ist ja vorhin auch angeklungen, das ist tatsächlich so, dass deren Schulsystem aus ihrer Sicht besser ist als unseres und dass die dort mit der Beschulung weiter sind und deswegen jetzt per Videoschleife angeboten wird, aus Odessa im Speziellen, dass dort eben auch die letzten Wochen bis zum Abschluss des Schuljahres Unterricht stattfinden kann. Also auch die Voraussetzungen werden wir in dieser Kinderspielhalle schaffen über die Einrichtung von Beamern, also große Bildschirme, und dann eben auch eine Laptop-Ecke, wo dann die

Kinder und auch die Erwachsenen sich dann entsprechend mit ihren Verwandten usw. auch mal austauschen können.

Eine Teststation hatten wir gleich zu Anfang eingerichtet, die ist auch vor Ort.

Wer also am Sonntag zu Besuch kommt und keinen Test mithat, müsste die Zeit einplanen, damit dort vor Ort getestet werden kann.

Wir haben heute geliefert bekommen Waschmaschinen und Trockner, damit dort die Menschen vor Ort auch entsprechend sich mit der Bekleidung ordentlich versorgen können. Essensversorgung hatten wir zum Anfang jemanden unter Vertrag genommen, da haben wir natürlich geschaut, wer ist in der Lage, ganz schnell für so viele Menschen die Versorgung zu übernehmen und prüfen jetzt gerade auch eine Neuvergabe, weil auch die Hinweise kamen, es ist zu wenig Obst, Gemüse und Milch im Angebot. Da sind wir jetzt eben an der Verbesserung. Alles geht eben nur Schritt für Schritt.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, da haben wir eine Kapazität von 20 Plätzen, weil wir auch damit rechnen, die ersten sind auch angekommen, dass auch das nochmal ein Thema werden wird. Hier muss man berücksichtigen, das ist bei dem Personal, was ich vorher genannt habe, noch nicht mit involviert, dass das Jugendamt hier mit einem hohen Personalschlüssel dann die Betreuung am Barleber See und in der Oase umsetzen wird. Also das Jugendamt ist darauf vorbereitet.

Wir haben in der Messehalle II einen, wie die Kollegen immer liebevoll sagen, „Intershop“ – also einen abgeschlossenen Bereich, wo sich dann eben auch mit Sachen bedient werden kann, wo man sich selbst was aussuchen kann – und ein großes Lager, wo wirklich vom Töpfchen über Duschbad, Hygieneartikel für Frauen verschiedenster Art und Weise dann Angebote gemacht werden, Kinderwagen – ich weiß gar nicht, die Halle ist auch groß und da ist wirklich so gut wie alles. Und was nicht da ist, wird dann eben auch entsprechend beschafft. Was die Kollegen auch machen, dass sie tatsächlich dann die Menschen auch mal fahren, wenn dringende Bedarfe sind, dass die irgendwo hinmüssen. Da sind jetzt zwei Fahrzeuge vor Ort. Wennes also mal ins Krankenhaus gehen muss, was jetzt nicht mit dem Krankentransport erfolgen muss.

Dann haben wir bestimmte Themen, also der Sonderstab hat eine Struktur ähnlich wie ein Krisenstab, arbeitet aber nicht als Krisenstab – und wir haben verschiedene Themen, die wir dann auch gesondert behandeln, wie z. B. das Thema Schule und Kita. Da hatten wir uns am Montag verständigt, ist auch schon angeklungen, bei uns ist natürlich Masernschutz-Impfung Pflicht, wenn ich in Schule oder Kita aufgenommen werden will, zudem eben auch die Fragestellung Gesundheitsuntersuchung für die Beschulung. Und das wird entweder über – also die Masernschutzimpfung – über die Kassenärztliche Vereinigung mit Kinderärzten abgesichert.

Das Sozial- und Wohnungsamt sitzt vor Ort. Die Wohnungsunternehmen, insbesondere die WOBAU, bieten dort zwei Tage in der Woche, einmal in der Georg-Kaiser-Straße und einmal an den Messehallen, an. Und wir werden den anderen Wohnungsunternehmen auch anbieten, dass die in der Direktvermittlung dann ihre Wohnungen vermitteln können.

Jetzt muss ich mal überlegen, ob ich was vergessen habe. Aber vielleicht haben Sie ja Fragen, ich habe ja gesehen, dass es eine Anfrage gab von heute früh mit elf Punkten. Wenn ich irgendwas vergessen habe, was jetzt da vielleicht eine Rolle spielt, dann ist jetzt die Gelegenheit.